

Frühere Heimkinder wollen Gehör finden

Von Klaus Möllers

MÜNSTER. Höhere Entschädigungszahlungen und mehr Mitsprache bei der Wiedergutmachung hat der Verein ehemaliger Heimkinder bei einer Konferenz am Samstag in Münster gefordert.

Der Verein vertritt etwa 400 Männer und Frauen, die in den ehemals westlichen Bundesländern in staatlichen, kirchlichen oder privaten Kinderheimen aufgewachsen sind und dort Gewalt erfahren haben. Gemeinsam mit Politikern der

Partei Die Linke aus den Landschaftsversammlungen Westfalen-Lippe und Rheinland sprach sich der Verein bei seiner Konferenz für eine Anhörung der Betroffenen im Bundestag aus.

Es geht vor allem um die Zeit von 1950 bis 1975, für die die Bundesregierung über einen Runden Tisch einen Entschädigungsfonds in Höhe von 120 Millionen Euro eingerichtet hat. Weitere Forderung der Konferenz: „Ehemalige Heimkinder – Gewalt und Zwangsarbeit“ war die Einrichtung einer

Rente analog dem Ghetto-Renten-Gesetz, das Betroffenen aus der Zeit des Nationalsozialismus feste Renten zusichert. Auch solle sich die Industrie am Entschädigungsfonds beteiligen, weil sie von der Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen in Heimen profitiert habe.

„Es gab Zwangsarbeit, körperliche und sexuelle Miss-handlung. Viele der Menschen sind krank geworden“, betonte Heidrun Dittrich, ehemalige Bundestagsabgeordnete der Linken. „Viele ehemalige Heimkinder wis-

sen nicht einmal, dass es den Fonds gibt. Er muss bekannter gemacht werden“, betonte Dirk Friedrich aus dem Vereinsvorstand.

Kritisiert wurde der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) als frühere Aufsicht von Heimen. „Der LWL hat für den Fonds 1,5 Millionen Euro bereitgestellt und will seinen Beitrag jetzt um eine weitere Million Euro aufstocken. Das ist zu wenig“, erklärte Rolf Kohn, Fraktionssprecher der Linken in der Landschaftsversammlung.